

Kebschull, Dietrich

Article — Digitized Version

## Meine Meinung: stabilisieren will gelernt sein

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Kebschull, Dietrich (1971) : Meine Meinung: stabilisieren will gelernt sein, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 51, Iss. 5, pp. 230-231

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/134258>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



**Dietrich Keschull**

**D**er 4. und 5. Mai 1971 werden ohne Zweifel in die Geschichte der deutschen Währungspolitik eingehen. Aber sie werden nicht an große Taten der Wirtschaftspolitik erinnern. Denn ähnlich wie 1969 hatten sich Bundesbank und Bundesregierung wieder unter den Druck der Spekulation setzen lassen. Eine Dollarflut bisher nicht gekannten Ausmaßes überschwemmte die Bundesrepublik. Am 4. Mai waren es 1,2 Mrd., die von der Bundesbank angekauft werden mußten. Am 5. Mai war es innerhalb der ersten dreißig Minuten nach Börseneröffnung bereits eine Milliarde.

**K** Das wurde auch der Bundesbank zuviel. Sie schloß die Devisenbörsen. Jedoch nicht, ohne darauf hinzuweisen, daß sie am Montag, dem 10. Mai, wieder geöffnet werden. Durch diese Mitteilung wurde die deutsche Politik — nicht gerade geschickt — unter Zugzwang gestellt. Jeder wußte, daß bis zu diesem Termin etwas Entscheidendes geschehen müsse.

Es geschah tatsächlich. Aber wie! Die Hektik der Handelnden war kaum noch zu überbieten. Und sie wirkte nahezu beängstigend in Anbetracht der Tatsache, daß sich der Wirtschaftsminister in den vergangenen 12 Monaten fast ausschließlich auf moralische Appelle verlegt hatte. Während die Bevölkerung von allen Seiten mit Preissteigerungen von mindestens 5% vertraut gemacht wurde, versuchte es Schiller ähnlich wie die von ihm heftig kritisierten Vorgänger mit der Methode des Zuredens — trotz der immer zahlreicher werdenden Vorschläge zur Aufwertung, zu dirigistischen Eingriffen und zur Steuererhöhung. Die Regierung versäumte es, in dieser Situation deutlich zu machen, welche Ziele sie verfolgt: wie sehr sie der Preisstabilität verschworen ist, bis zu welchem Ausmaß sie Arbeitsplätze garantieren will, welches reale Wirtschaftswachstum sie anstrebt und inwieweit

sie gegenüber den Vereinigten Staaten zu Konzessionen bereit ist.

Sollte dieses Nicht-Handeln möglicherweise der Ablenkung bzw. Bremsung der internationalen Spekulation dienen, so mußte es spätestens dann seinen Sinn verlieren, als die Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute ihr Votum für die Einführung flexibler Wechselkurse abgab. Vier der fünf Institute hatten den Lieblingsplan zahlreicher Wissenschaftler und des Sachverständigenrates zur Absicherung der chronischen offenen Flanke der Bundesrepublik wieder einmal aus der Schublade geholt. Daß Schiller dieser Idee durchaus positiv gegenüberstand, war bekannt. Allerdings hatte er es ebenso wie alle anderen versäumt, den Betroffenen — insbesondere der Exportwirtschaft — überzeugend und verständlich klarzumachen, welche Folgen eine Freigabe des Wechselkurses für sie hätte.

So kam es statt planvoller und überlegter Abstimmung der Maßnahmen zu einem Kampf aller Betroffenen vor und hinter den Kulissen. Die Industrie — angeführt von dem DIHT-Präsidenten Wolff von Amerongen — sah keine Notwendigkeit für aufwertungsähnliche Maßnahmen. Und Prof. Hansen, der Vorstandsvorsitzende der Farnefabriken Bayer, machte sich zum Sprecher zahlreicher Unternehmen, als er „nicht nur für die Chemie, sondern auch für andere exportorientierte Wirtschaftszweige verheerende Folgen“ prognostizierte. Auch Bayerns Wirtschaftsminister Jauermann plädierte in der Presse gegen Aufwertungs- und Kursfreigabe-Pläne der Bonner SPD-Regierung. Nicht zu vergessen die Bauern, deren Präsident Heereman sich direkt an den Kanzler wandte, um Manipulationen am Wechselkurs zu verhindern und bei Eintritt des Ernstfalles wenigstens den vollen Grenzausgleich für seine Anhänger zu sichern.

**Meine Meinung:  
Stabilisieren  
will  
gelernt sein**

Sie alle machten deutlich, daß ihnen dirigistische Maßnahmen durch Anwendung des Paragraphen 23 AWG lieber wären als die Aufrechterhaltung der Liberalität durch Kursänderungen. Rückendeckung erhielten sie überraschenderweise vom Präsidenten der Bundesbank, der — offensichtlich in Unkenntnis der bisher von seinem Hause publizierten offiziellen Bekenntnisse zum liberalen System — plötzlich ebenfalls sein Herz für den Dirigismus erwärmte.

Damit ging es für Schiller, der mittlerweile von vier der fünf Sachverständigen moralische Unterstützung erhielt, nicht mehr allein um die längst überfällige Durchsetzung seines Stabilitätsprogramms, sondern gleichzeitig um seine politische Karriere. Ein zu starkes Nachgeben hätte den Rücktritt in greifbare Nähe gerückt. Für den wirtschaftspolitischen Beobachter stellt sich hier die Frage, ob sich Minister und Bundesbankpräsident über dergartig entscheidende Schritte — insbesondere bei Einigkeit über das Ziel — nicht weit früher hätten einigen können, ohne Prestigeverlust für beide Seiten.

Aber offensichtlich gehören die Vorausschau und die flexible Alternativplanung nicht zu den charakteristischen Merkmalen der jüngsten Währungsauseinandersetzung. Denn auch von einem realistischen Konzept gegenüber den EWG-Partnern war nicht viel zu merken. Oder glaubte die Bundesregierung in

Anbetracht der Wirtschaftslage in Frankreich und Italien allen Ernstes an das große von ihr geforderte internationale Realignment — die Neubewertung der wichtigsten europäischen Währungen — mit dem Effekt einer Dollarabwertung?

Trotz starken Engagements für die Europäische Währungsunion, um deren Verwirklichung die Bundesrepublik sich wenige Wochen vorher noch große Verdienste erworben hatte, wurden die Möglichkeiten und die Konsequenzen einer Wechselkursfreigabe allem Anschein nach weder in Bonn noch in Brüssel intensiv genug diskutiert, um für die Stunde X vorbereitet zu sein. Der Ministerrat stimmte deshalb auch erst nach mehr als zwanzigstündiger Sitzung schließlich einer „begrenzten Bandbreitenerweiterung“ zu.

Ob das ein großer Erfolg für die deutsche Wirtschaftspolitik war, kann durchaus bezweifelt werden. Zwar kann Karl Schiller seine Vorstellungen vom freien Wechselkurs jetzt mit dem Brüsseler „Segen“ durchsetzen. Aber gleichzeitig wurde klar betont, daß es sich nur um eine Übergangsregelung handeln könne. Die Rückkehr zum fixierten Kurs scheint bereits festzustehen. Kanzler Brandt versprach außerdem, daß die Kursfreigabe zu keiner Aufwertung führen werde. Das aber glaubt zur Zeit wohl niemand. Aus dem damit entstandenen Dilemma wird sich die Regierung nur dann herauswinden können, wenn es bei

Wiedereinführung fester Paritäten möglich ist, zumindest die EWG-Staaten zu einer konzentrierten Aktion von Auf- und Abwertungen gegenüber dem Dollar zu bewegen. Bleibt das ohne Erfolg, so ergeben sich mit großer Wahrscheinlichkeit wieder die alten Schwierigkeiten.

Gelingt es nämlich, das deutsche Preisniveau durch die außenwirtschaftlichen Maßnahmen und das hastig aus dem Boden gestampfte innere Stabilitätsprogramm wieder in den Griff zu bekommen, während sich die Preissteigerungen in den USA, in Frankreich und Italien fortsetzen, so wird die Bundesrepublik bei fixem Kurs bald wieder zur Stabilitätsinsel. Immer noch ohne die lange versprochenen inneren Reformen, da auch der Staat sparen muß — was nun unter Umständen Herrn Möller zum Rücktritt zwingen könnte —, aber wiederum der importierten Inflation und neuen Spekulationswellen ausgesetzt.

Die Bundesrepublik hat zweimal demonstriert, daß sie keine Mittel gegen die internationale Spekulation hat; und daß sie die Spekulanten durch ihre — nach langen Verzögerungen und vielen unliebsamen Nebenerscheinungen endlich verwirklichten — Maßnahmen sogar noch großzügig honoriert. Das wird sich auch ein drittes Mal wiederholen, wenn man zu keiner Einigung mit den USA und den EWG-Staaten kommt und keine langfristigen Programme für die Binnenwirtschaft entwickelt.

## BIBLIOGRAPHIE

### DER WIRTSCHAFTSPRESSE

Herausgeber: HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg

Quellennachweis mit Legende zu Aufsätzen aus ausländischen Fachzeitschriften für 17 Sachgebiete (monatlich rd. 350 Titel)

Jahresbezugspreis DM 120,—

**VERLAG WELTARCHIV GMBH · 2 HAMBURG 20 · EPPENDORFER LANDSTRASSE 106**